



## Presseinformation

Nr. 332/2001

Kiel, 28. September 2001

*Sperrfrist: Redebeginn*

*Es gilt das gesprochene Wort!*

Bildungspolitik/Abendschulen

### Ekkehard Klug: Abschaffung der Abendschulen ist ein bildungspolitischer Offenbarungseid der SPD

In der Landtagsdebatte über den Tagesordnungspunkt 26 (Erhalt der Abendschulen) erklärte der bildungspolitische Sprecher der FDP-Landtagsfraktion, Dr. Ekkehard Klug, unter anderem :

„Die geplante Abschaffung der Abendschulen ist ein bildungspolitischer Offenbarungseid der SPD.

Wer hätte je gedacht, dass Sozialdemokraten den zweiten Bildungsweg zuschütten?

Am 18. Juni erhielten Schüler der Lübecker Abendschulen ein Brief eines prominenten Mitbürgers.

Ich zitiere:

„Ihre Bedenken gegen die Schließung der Abendschulen teile ich; als ehemaliger ‚Zweitbildungswegler‘ bin ich mir des Wertes solcher Einrichtungen bewusst“. – Unterschrift: Björn Engholm.

Entgegen den beschönigenden Aussagen des Kultusministeriums bedeutet das Vorhaben der Landesregierung, alle Abendrealschulen bis 2005 zu schließen, tatsächlich das Aus für den „zweiten Bildungsweg“.

Es ist geradezu lächerlich, wenn das Kultusministerium auf neue Ersatzangebote im Bereich des berufsbildenden Schulwesens verweist.

Die eigenen Daten des Ministeriums zeigen, wie hohl solche Ausflüchte sind. Im vergangenen Schuljahr hatten die berufsbildenden Schulen in unserem Land rund 82.000 Schüler. Ende dieses Jahrzehnts werden es nach den Prognosen des Ministeriums rund 102.000 sein, also 20.000 mehr. Dies bedeutet für die kommenden Jahre einen Zuwachs von einem Viertel der Schülerschaft. Wie sollen die berufsbildenden Schulen da auch noch das

**Wolfgang Kubicki**, MdL  
Vorsitzender

**Dr. Christel Happach-Kasan**, MdL  
Stellvertretende Vorsitzende

**Dr. Ekkehard Klug**, MdL  
Parlamentarischer Geschäftsführer

**Christel Aschmoneit-Lücke**, MdL

**Joachim Behm**, MdL

**Dr. Heiner Garg**, MdL

**Günther Hildebrand**, MdL

www.fdp-sh.de

Abendschulwesen ersetzen? Und mit welchen Kräften sollen sie das gegebenenfalls tun?

Die beiden Koalitionsfraktionen wagen es in ihrem heute vorliegenden Berichtsantrag nicht, diese Fragen zu stellen, und auch das ist ein untrügliches Anzeichen dafür, dass hier von Seiten der Regierungsmehrheit nur noch Vernebelungsaktionen veranstaltet werden.

Tatsächlich läuft die Entscheidung von SPD und Grünen auf die Abschaffung von allgemeinbildenden Weiterbildungsangeboten für berufstätige Erwachsene hinaus. Sozialdemokraten und Grüne betätigen sich als bildungspolitische Abbruchunternehmer.

Abgesehen davon, dass von einem auch nur halbwegs funktions- und zukunftsfähigen Ersatz für die von Schließung betroffenen Abendschulen keine Rede sein kann, trifft die Aufgabe der Abendrealschulen auch noch in anderer Hinsicht die Qualität des Bildungsangebotes.

Die berufliche Kompetenz der an den Abendschulen tätigen Lehrkräfte, ihre besondere Erfahrung in der Arbeit mit erwachsenen „Schülern“, gehen mit der Schließung dieser Schulen auf einen Schlag verloren.

Ein sehr großer Anteil der Schülerschaft der Abendschulen besteht aus berufstätigen Frauen; für sie wird es künftig weniger Weiterbildungsmöglichkeiten geben als bisher.

Gleiches gilt für die Schüler ausländischer Herkunft, denen die Abendschulen bislang mit Erfolg Bildungsqualifikationen vermittelt haben. Auch diese Integrationsleistung der Abendschulen wird mit deren Abschaffung künftig zerstört.

Alles in allem muss man das traurige Fazit ziehen: Die rot-grüne Landesregierung exekutiert ein Programm des fortgesetzten Bildungsabbaus“.